



PROFI
e.V.

Politische Rottweiler Fraueninitiative (PRoFI) e.V.

Stadt  **Rottweil**

Gemeinderatsfraktion
Forum für Rottweil (FFR)
Politische Rottweiler Fraueninitiative (PRoFI) e.V.

FFR und PRoFI e.V. • Gemeinderatsfraktion • D-78628 Rottweil

Große Kreisstadt Rottweil - Oberbürgermeister -					
g.: 23. Nov. 2011					
BM	FB 1	FB 2	FB 3	FB 4	
Ref	MR	Wifö	StBau		
bR	T	sof.	eilt	E	zU
zErI	A	Sl	zK	Mf	zdA

Max Burger
Stadtrat
Schwenninger Straße 11
D-78628 Rottweil

Herrn
Oberbürgermeister
Ralf Broß
Obere Hauptstraße

78628 Rottweil

Telefon: (0741) 20 533 914
Telefax: (03222) 5 554 554
mobil: (0177) 1 720 599

eMail: max.burger@gruene.de

kommission: FB 3 ✓

Rottweil, 22. November 2011

Anträge

A)

Der Gemeinderat möge beschließen, umgehend eine Sitzung des Integrationsausschusses einzuberufen.

B)

Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung einen Integrationsbericht zu erstellen um wichtige Grundlagen für die Fortentwicklung kommunaler Integrationsstrategien und -konzepte zu erhalten.

Sehr geehrter Herr Broß,

die Ereignisse um ausländerfeindlich motivierte Gewalttaten in unserem Land sind besorgniserregend. Diese schreckliche Mordserie an Migranten darf nicht als bedauerliche Tat Einzelner abgetan werden. Entscheidend muss es jetzt sein, solche Auswüchse deutlich zu ächten und zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen, das gesellschaftliche Klima auch in unserer Stadt zu verbessern.

Migranten haben einen Anspruch auf gesellschaftliche Solidarität und die Kommunen leisten hierbei einen wichtigen Beitrag zur Integration. Weil jede dritte Familie in Baden-Württemberg mittlerweile eine Migrantenfamilie ist, ist kommunale Familienpolitik heute immer auch kommunale Integrationspolitik. Die Integration der (Spät-)Aussiedler vollzieht sich überwiegend im ländlichen Raum.

In unserem 2007 beschlossenen Leitbild ‚Soziale Stadt‘ haben wir die Vorzüge der kulturellen Vielfalt erkannt und bekennen uns ausdrücklich dazu, die Integration aktiv zu fördern. Mit Ingo Felix Maier wurde ein engagierter städtischer Mitarbeiter mit der Aufgabe des Integrationsbeauftragten betraut. Er führte Beratungen durch und organisierte im Rahmen von Jugendsozialarbeit und Migrationshilfe vielfältige Veranstaltungen. Als erste Orientierungshilfe wurde ein Integrationsatlas veröffentlicht. Im Gemeinderat wurde ein Ausschuss für Fragen der ausländischen Mitbürger gebildet, später in Integrationsausschuss umbenannt.

Doch welche Aktivitäten werden aktuell entwickelt? Der Integrationsausschuss hat in der ersten Hälfte der Wahlperiode noch nicht getagt. Die städtische Internetpräsenz benennt auf der Seite „Förderung von Integration“ noch immer einen „Integrationsbeauftragten der Landesregierung“, obwohl die neue Landesregierung diesem Thema ein eigenes Ministerium eingerichtet hat. Im Integrationsatlas wird nach wie vor die Israelitische Kultusgemeinde Rottweil/VS als ‚ausländischer Verein‘ vorgestellt.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung sieht unsere Fraktion dringenden Handlungsbedarf für ein Update der städtischen Integrationspolitik. Ein Integrationsbericht böte wichtige Grundlagen für die Erarbeitung oder Fortentwicklung der kommunalen Integrationsstrategien und -konzepte.

Vierorts haben Kommunen und Landkreise Analysen und Sachstandsberichte bereits erarbeitet. Hier sei der vorbildhafte Integrationsbericht der Großen Kreisstadt Schwäbisch Gmünd aufgeführt, der bedarfsgerechte Maßnahmenplanung ermöglicht und die Erstellung von ziel- und wirkungsorientierten kommunalen Handlungskonzepten zur Integration unterstützt.

In seiner Veröffentlichung „Kommunaler Strategieplan Integration“ nennt der Gemeindegtag Baden-Württemberg im Januar 2010 einen wichtigen Erfolgsfaktor für kommunale Integrationspolitik:

„Das Thema sollte vor Ort Chefsache sein. Das gilt für beteiligte Entscheidungsträger aus der Verwaltung ebenso wie für Repräsentanten der Kommunalpolitik und für alle weiteren beteiligten Institutionen. Außerdem empfiehlt es sich, Integration als Querschnittsaufgabe zu verstehen und für eine konsequente Zusammenarbeit und Vernetzung aller relevanten Akteure zu sorgen. Entscheidend ist die niedrighschwellige Ansprache und aktive Beteiligung der Menschen mit Migrationshintergrund und ihrer Repräsentanten auf Augenhöhe. »Mit den Migranten und nicht für die Migranten handeln« sollte die Devise sein“.

Mit freundlichen Grüßen



Max Burger